

presse

Bundesregierung vergeudet wissenschaftliches Potenzial

Zur heutigen Debatte "Große Anfrage: Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung" erklären die zuständige Berichterstatterin Marianne Schieder und die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Ulla Burchardt:

Angesichts der Situation in Wissenschaft und Forschung ist es verwunderlich, dass die schwarz-gelbe Koalition tatenlos und konzeptlos ist. Frauen werden immer noch nur nachrangig berücksichtigt, so dass wertvolles Potenzial brach liegt. Das kann sich unsere Gesellschaft nicht länger leisten, erklären Marianne Schieder und Ulla Burchardt.

Es ist ein Trauerspiel, dass die schwarz-gelbe Koalition tatenlos bleibt und konzeptionell ohne Idee ist, angesichts der Situation in Wissenschaft und Forschung: Frauen werden nur nachrangig berücksichtigt und wertvolles Potenzial liegt brach. Laut einer aktuellen Studie der Prognos AG könnte durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Hochschulabsolventinnen bis 2015 ein zusätzlicher volkswirtschaftlicher Gewinn von 70 Milliarden Euro generiert werden.

Wie brisant die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft ist, zeigt schon die Tatsache, dass die Große Anfrage (Drs. 17/7756) von allen Oppositionsfraktionen gemeinsam gestellt wurde. Es besteht dringend Handlungsbedarf. Doch den sieht die Bundesregierung nicht. Sie verweist in ihren Antworten lediglich auf Projekte von Vorgängerregierungen, hat keinerlei neue Impulse und vielfach nicht einmal Daten. Dort wo Zahlen fehlen, interpretiert sie blind die Situation als positiv.

So leugnet die Bundesregierung zum Beispiel auch die prekären

Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses, obwohl die Zahlen etwas anderes belegen. Aus der Antwort geht klar hervor, dass Frauen in erheblich höherem Umfang befristet oder in Teilzeit beschäftigt werden als Männer. Außerdem belegen die Zahlen, dass enorm viele Frauen nach der Promotion aus einer wissenschaftlichen Laufbahn aussteigen. Sind unter den erfolgreich Promovierenden noch 44,1 Prozent Frauen, sind es bei den Professorenstellen noch 18,2 Prozent.

Im Zeitraum 2010 bis 2019 werden voraussichtlich 11.653 (29,3 Prozent) Professorinnen und Professoren ausscheiden. Mit der Neubesetzung dieser Stellen können entscheidende Weichen gestellt werden.

Fatal ist auch, dass die Bundesregierung nicht nur dort untätig ist, wo es um Rahmenbedingungen und Förderprogramme geht. Ähnlich problematisch sieht es bei den von der Bundesregierung eingerichteten Beratungsgremien aus. Von 88 Gremien sind lediglich drei paritätisch und weitere zwei annähernd paritätisch besetzt.

Wir fordern daher unmissverständlich die Bundesregierung auf, die von den Oppositionsfraktionen ausgestreckte Hand zu ergreifen und sich gemeinsam für mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung zu engagieren. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht länger leisten, dieses enorme Potenzial brach liegen zu lassen.